

Käfige wird es nicht geben

Kehl - Die Polizei hat für den Nato-Gipfel vorsorglich auch ein altes Gefängnis in Kehl als "Gefangenessammelstelle" reaktiviert. Unter 25000 friedlichen Gipfelgegnern werden bis zu 3000 gewaltbereite Störer erwartet.

Von Meinrad Heck

Wer beim Nato-Gipfel wirklich nah an Obama & Co. herankommen will, muss hinter Gitter. Von der alten Justizvollzugsanstalt (JVA) in Kehl bis zur Rheinbrücke, über die Präsidenten und Kanzlerin telegen nach Frankreich schreiten werden, liegt kaum ein Steinwurf. In aller Eile hat die Justiz die stillgelegte JVA wieder reaktiviert. Der graue Waschbeton auf den Fußböden ist einigermaßen sauber geschrubbt. In den Zellengängen haben Experten ihre Netzwerke installiert, hinter einer Gittertür suchen die ersten Computermäuse ihren Weg auf den Bildschirmen.

Hier, sagt ein Beamter scherzhaft, "hier ist die Rezeption". Das soll heißen, wer beim Nato-Gipfel am Wochenende als gewalttätiger Störer auffällt, wird erfasst und wandert für kurze Zeit hinter Gittern. Näher kann man Obama in Kehl nicht kommen.

Seit Wochen predigt Hetger eine Deeskalationsstrategie

Das Rheinufer nahe der Passarelle-Brücke ist seit fast zwei Wochen abgeriegelt. Samstag früh wird Präsident Nicolas Sarkozy auf dieser Brücke seine 25 Amtskollegen von Deutschland nach Frankreich geleiten. Den besagten Steinwurf weit entfernt stehen bis zu 200 Plätze für jene gewaltbereiten Störer zur Verfügung, von denen die Polizei hofft, dass es sie nicht geben wird.

Landespolizeipräsident Erwin Hetger empfängt Journalisten zum Rundgang durch die provisorische "Gefangenessammelstelle". Seit Wochen predigt er seine Deeskalationsstrategie. Keiner seiner 15000 Beamten wünsche sich gewalttätige Auseinandersetzungen. 15 Demonstrationen rund um den Gipfel sind in Straßburg, Kehl und Baden-Baden genehmigt worden. 25000 Gegner werden erwartet. Aber 3000 Gewalttätige aus den Schwarzen Blocks machen seit Monaten im Internet verbal mobil.

Fraglich also, ob der Gipfel wirklich friedlich über die Bühne geht. Und falls nicht, gibt es jene provisorischen Gefangenessammelstellen. Dafür müssen auch alle umliegenden Polizeidienststellen ihre Zellen zur Verfügung stellen. Häftlinge der JVA Rastatt mussten in andere Gefängnisse umziehen. Die Polizei, sagt Hetger, "muss sich auf die Durchführung von Freiheitsentziehungen vorbereiten". Es wird keine mobilen Gefängnisse geben, auch nicht die vielkritisierten Drahtkäfige vergangener Großdemonstrationen.

Extra Räume für Anwälte und Ärzte

Stattdessen hält man feste Mauern vor. Die Polizei sorgt für ausreichend Decken, Matratzen und sanitäre Einrichtungen. Es gibt Klimaanlage, extra Räume für Rechtsanwälte, Konsularbeamte und Ärzte. Im sogenannten Langzeitgewahrsam schreibt die Menschenrechtsverordnung der EU acht Quadratmeter pro Gefangenem vor. In den Gefangenensammelstellen sollen Festgenommene allenfalls ein paar Stunden im Gewahrsam bleiben. Dafür müssen im Schnitt auch mal 1,8 Quadratmeter reichen.

Das alles, sagt Landespolizeipräsident Hetger, stehe "ausdrücklich nicht im Widerspruch zu unserer Deeskalationsstrategie". Die Mehrheit der Gipfelgegner sei friedlich, und Hetgers Beamte wollten ausdrücklich zwischen diesen friedlichen Demonstranten und den Gewaltbereiten "differenzieren".

Unlängst hatte es in Freiburg eine erste nicht angemeldete Demonstration autonomer Gruppen gegeben. Die Polizei hatte sie zugelassen, weil ihre Antikonfliktteams in vielen Gesprächen für Entspannung gesorgt hatten. Anwälte der Demonstranten registrierten danach zwar, dass die Polizei "nicht mit exzessiver Gewalt" vorgegangen sei. Die Juristen kritisierten jedoch die massiven Personenkontrollen im Vorfeld.

An der Europabrücke Kehl gibt es seit mehr als einer Woche wieder Grenzkontrollen. Der Verkehr staut sich bisweilen kilometerlang. In den Gassen der Straßburger Altstadt patrouilliert die Gendarmerie. Am Kehler Rheinufer beobachten Sicherheitskräfte misstrauisch jeden Fotografen. Sie lassen sich Pässe zeigen, durchsuchen Kofferräume, notieren Telefonnummern. Die Sicherheitskräfte sind nervös. "Alle wären gut beraten", sagt Hetger, "verbal abzurüsten und für einen friedlichen Protest zu sorgen."